

Gefühlte Wahrheiten – Politikberatung in postfaktischen Zeiten

Ortwin Renn

Die Vorsilbe post- ist ein typisches Kennzeichen des heutigen Zeitgeistes geworden. Post-modern, -strukturell, -industriell, -ethisch, -demokratisch. Dahinter steht häufig eine Verunsicherung, dass wir eine bestehende Epoche abgeschlossen haben, aber die neue noch nicht charakterisieren können. Besonders kennzeichnend für diese Verunsicherung ist der Begriff „postfaktisch“. Die Grenze zwischen wahren und un-wahren Aussagen verschwimmt, und die Funktionseliten, die

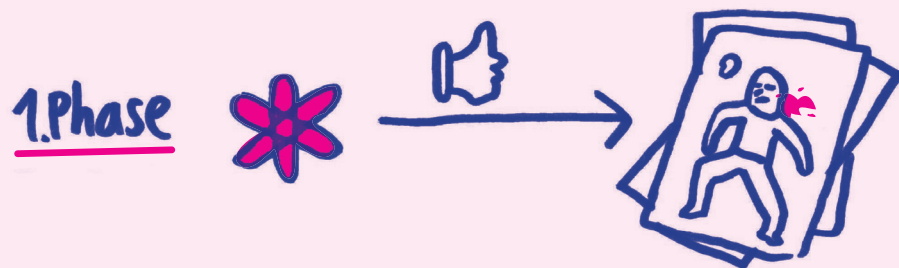
diese Aufgabe in der Gesellschaft wahrnehmen, verlieren an Vertrauen. Das Wünschbare wird zum Kriterium für Wahrheit: Enttäuschungen sind damit vorprogrammiert. Zwar ist Wissenschaft für Wahrheitsansprüche zuständig, aber dank wachsender Komplexität, Unsicherheit und Ambivalenz sind die Aussagen weniger eindeutig und immer weniger deterministisch in den aufgezeigten kausalen Zusammenhängen. Das schafft Irritationen. Dazu kommt, dass die eigenen Urteile und Fehltritte durch Foren (im Internet) bestätigt werden. Keine korrigierende Instanz ist mehr vorhanden oder zugreifbar. Es entstehen Echo-räume. Das wichtige Erlebnis der kognitiven Dissonanz bleibt aus.

Die postfaktische Irritation hat auch Auswirkungen auf die wissenschaftliche Politikberatung. Zum einen sind politische und gesellschaftliche Entscheidungen mehr denn je auf wissenschaftliche Expertise vor allem bei komplexen Problemen angewiesen, gleichzeitig konkurrieren aber wissenschaftliche Aussagen mit populistischen und oft intuitiv eingängigen Erklärungen, die im politischen Diskurs eine Relativierung wissenschaftlicher Aussagen nach sich ziehen. Dies führt zu einer Politisierung der wissenschaftlichen Expertise und einer Polarisierung in der Gesellschaft.

Mit dieser polarisierend wirkenden Wechselwirkung zwischen Informationsangeboten durch Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft und deren Resonanz in den sozialen Foren und Medien lässt sich auch die Dynamik der Reaktionsmuster auf den Ausbruch der Pandemie von Anfang 2020 bis 2022 nachvollziehen. Dabei können vier Phasen der sozialen und politischen Auseinandersetzung mit der Pandemie unterschieden werden (Renn 2022).

- **Phase der kompromisslosen Ausrichtung der Politik auf Infektionsschutz:**

in dieser Phase war es die Aufgabe der Politik, alle Maßnahmen umzusetzen, die eine Verbreitung des Virus zu verhindern vermochte. In der Gesellschaft gab es einen klaren Konsens, dass alle anderen Ziele der Politik angesichts dieser Bedrohung zweitrangig sein sollten. In der wissenschaftlichen Beratung waren die Fachleute aus Virologie und Epidemiologie die ersten und zentralen Ansprechpersonen für die Politik. Sie bestimmten indirekt, zumindest in Deutschland, welche Schutzmaßnahmen zu erfolgen hatten und wie man am besten mit der Ansteckungsgefahr umgehen sollte. In dieser Phase stieg auch das Vertrauen der deutschen Bevölkerung sowohl in die Wissenschaft als auch in die Politik⁴. Man war sich grundsätzlich einig, dass die Wirksamkeit von Infektionsschutzmaßnahmen die Messlatte für die Gütebewertung politischer Maßnahmen sein sollte. Hier zogen alle an einem Strang.

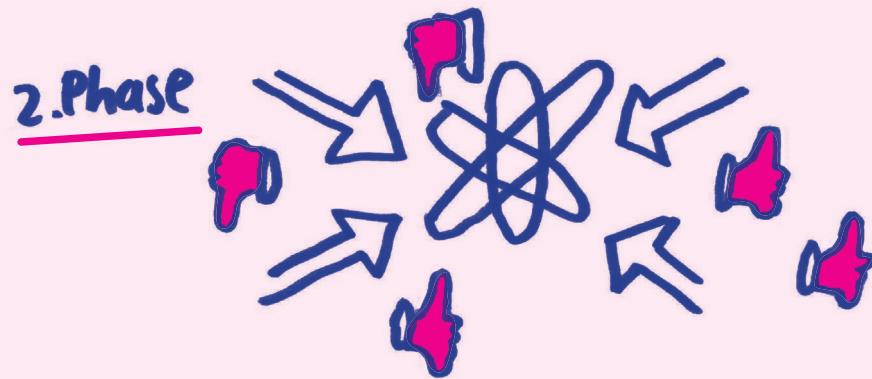


⁴ Siehe Wissenschaft im Dialog (2020): Wissenschaftsbarometer Corona Spezial. Web: <https://www.wissenschaft-imdialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-corona-spezial>.

- **Phase der multi-dimensionalen Abwägung zwischen dem Ziel des Infektionsschutzes und anderen als zentral angesehenen Zielen:**

In der zweiten Phase, die im Herbst und Winter 2020 begann und bis zum Einsetzen der Impfungen anhielt, zeigte sich in der Gesellschaft zunehmend ein Bewusstsein über die Nebenwirkungen und Kollateralschäden einer allein auf Infektionsschutz ausgerichteten Politik (Steigleder 2021). Die Probleme, die sich beispielsweise durch die Schließung von Schulen durch Bildungslücken bei jungen Menschen vor allem aus einkommensschwachen Schichten zeigten, die Schwierigkeiten, die für Unternehmen aus dem Bereich der Unterhaltungsbranche und des Gaststättengewerbes auftraten, die gehäuften Vorfälle von sozialer Isolation, häuslicher Gewalt und depressiver Symptomen beendeten die einseitige Fokussierung auf den Infektionsschutz und gaben breiten Raum für eine Abwägungsdebatte über Zielkonflikte. In dem Moment, in dem eine offene Debatte über die Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit von politischen Maßnahmen geführt wurde, entwickelte sich zu einer stärkeren interdisziplinären Diskussion über die relative Gewichtung von gesundheitlichen, wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Zielen bei der Abwägung über die zu treffenden politischen Maßnahmen, zum anderen bot diese Offenheit auch ein neues Feld für politische Akteure, sich gegenseitig zu beschuldigen und sich als die besseren Krisenmanager zu profilieren (besonders auf Landesebene in Deutschland). Insgesamt hatte dies aber zur Folge, dass die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft Einbußen erlitt, wenn auch keine dramatischen, das Vertrauen in die Problemlösungskapazität der Politik aber drastisch absank.

(Reinhardt et al. 2022). Dass sich die politischen Akteure, vor allem die Ministerpräsidenten und -präsidentinnen der Länder um eine deutliche eigene Profilierung bemühten, kam bei den meisten Wählerinnen und Wählern nicht gut an.



- **Phase der Moralisierung der Debatte:**

Als die Impfkampagne im Frühjahr 2021 Fahrt aufnahm, verlagerte sich die Debatte auf ein neues Konfliktfeld. War es den Menschen, die sich nicht impfen lassen wollten, zuzumuten, dass sie entweder mit einer Impfpflicht zur Impfung gezwungen oder zumindest von großen Teilen des öffentlichen Lebens ausgesperrt werden konnten? Umgekehrt stand bei den Impfgegnern die Frage im Vordergrund, ob die Gesellschaft ihnen aus ihrer Sicht unzumutbare Barrieren in den Weg legen dürfen, obwohl sie nur ihre Freiheit in Anspruch nehmen wollten, sich nicht impfen zu lassen. Solche moralischen Debatten lassen sich selten argumentativ auflösen: sie führen zur Polarisierung der Positionen (Dierken 2021). Infolgedessen

kam es in Deutschland zu einer starken politischen Protestbewegung, die sich in den „Querdenken“ und der neuen Partei „Die Basis“ organisierte. Die Politik reagierte eher hilflos und verlor weiterhin an Rückhalt in der Bevölkerung. Wissenschaftliche Expertise war nur noch am Rande gefragt.

3. Phase

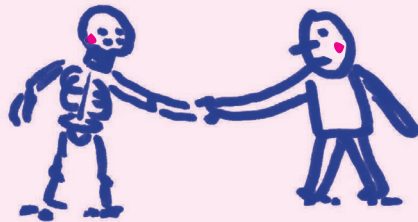


- **Vierte Phase der Rekalibrierung der Normalität:**

Schon zum Jahresende 2021 setzte so langsam der Gewöhnungseffekt ein. Die wichtigsten Kennzahlen der Pandemie, wie Zahl der Infektionen oder der Krankenhauseinweisungen von Corona Patienten, die bis dahin die täglichen Nachrichten bestimmt hatten, wurden zunehmend an das Ende der Nachrichten oder in die hinteren Teile der Zeitungen verlagert. Inzwischen verdrängten neue wichtige Themen, wie der Klimaschutz und die Invasion Russlands in die Ukraine, die Berichterstattung über die Ausbreitung der Pandemie. Solange keine dramatische Verschlechterung eintrat, ging man zunehmend zur Tagesordnung über. Dass immer noch mehrere 100 Menschen pro Tag an den Folgen des Virus sterben, wurde als neue Normalität toleriert. Die politische Debatte wird

zwar auch in dieser Phase weiter in den Medien geführt, aber jetzt viel stärker unter dem Akzent, wie Normalität wieder hergestellt werden kann und wie neue Ausbrüche oder neue Pandemien verhindert werden können (Bogner/Menz 2021). Auch die neue Infektion der Affenpocken hat an dieser Haltung der Rekalibrierung der Normalität nichts geändert.

4. Phase



Angesichts dieser vier Phasen, die durchaus einen typischen Verlauf einer Krise nachzeichnen, stellt sich die Frage, wie man die Kommunikation, vor allem über wissenschaftliche Erkenntnisse in Bezug auf geeignete Maßnahmen und deren vermuteten Wirkungen, phasengerecht und der jeweiligen Diskursform angemessen hätte ausrichten können. Wissenschaftliche Expertisen können keine Rezeptbücher bieten, aber dennoch formal nachvollziehbare und empirisch validierbare Orientierungen in jeder der vier Phasen verfügbar machen, die zum einen eine der Komplexität angemessene

Beurteilung der jeweiligen Sachverhalte erlauben und zum anderen einen wesentlichen Beitrag zu einer ausgewogenen und sachgerechten Abwägung von Handlungsoptionen zu leisten vermögen (Loss et al. 2021).

Dazu gehört zum Beispiel, dass Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen alltagsnahe Beispiele für Stochastik aufgreifen und in nachvollziehbare Narrative über komplexe Ursache-Wirkungs-Ketten einbauen. Dabei geht es auch darum, die Vielfältigkeit wissenschaftlicher Expertise, die Vorläufigkeit von Erkenntnissen und die verbleibenden Unsicherheiten von Ergebnissen zu betonen, ohne den Eindruck der Beliebigkeit zu hinterlassen. Dafür ist es notwendig, geeignete Lernforen und Plattformen zu schaffen, die nicht nur Faktenchecks machen, sondern eben auch evidenzbasierte Diskurse über den Spielraum von Interpretationen anbieten.

Gerade bei der Betrachtung der zweiten Phase der Corona-Debatte ist deutlich geworden, dass die Institutionen der Wissenschaft und erst recht der Politik mit Abwägungen bei Zielkonflikten Probleme haben. Wir benötigen neue und der Pluralität von Wissen und Werten angemessene Formate einer problemgerechten Politik- und Gesellschaftsberatung. Wir brauchen Krisenstäbe, die inter- und transdisziplinär besetzt sein müssen. Dazu kommt die Notwendigkeit nach Mitgestaltung der Betroffenen, um Bürgerinnen und Bürger an der Auswahl von Handlungsoptionen und vor allem bei der Auflösung von Zielkonflikten aktiv mitwirken zu lassen. Das Land Baden-Württemberg hat dazu einen eigenen Bürgerrat für den Umgang mit der Pandemie eingerichtet. Dieser Bürgerrat hat der Landesregierung wichtige Impulse für die landeseigene Corona-Politik gegeben, die auch in der öffentlichen Debatte

überwiegend positiv kommentiert wurden. Welche Wege und Möglichkeiten einer zeitgemäßen Politikberatung es gibt und wie Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Bürgerschaft darin mitwirken können, habe ich in anderen Publikationen beschrieben⁵.

Literatur

Bogner, A., Menz, W. (2021). Wissen und Werte im Widerstreit. Zum Verhältnis von Expertise und Politik in der Corona-Krise. *Leviathan*, 49. Jg., Sonderband 38: Umstrittene Expertise. Zur Wissensproblematik der Politik, Baden-Baden: Nomos, 111-132.

Dierken, J. (2021). Kommunikation von Infektionsschutzmaßnahmen in der Corona-Pandemie: Ethische Perspektiven. *Zeitschrift für Evangelische Ethik*, 65 (4), 301-308.

Loss, J., Boklage, E., Jordan, S., Jenny, M. A., Weishaar, H., El Bcheraoui, C. (2021). Risikokommunikation bei der Eindämmung der COVID-19-Pandemie: Herausforderungen und Erfolg versprechende Ansätze. *Bundesgesundheitsblatt-Gesundheitsforschung-Gesundheitsschutz*, 64 (3), 294-303.

Reinhardt, D., Friedrich, H., Mullis, D. (2022). Fragiles Vertrauen-Zwischen sozialen Bewegungen und Politikverdrossenheit: Jugend und Demokratie in Zeiten der Corona-Krise. *Social Science Open Access Repository*, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-80007-9>

Renn, O. (2022). Kommunikation wissenschaftlicher Unsicherheit. Eine Einführung, in: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hg.): *Kommunikation wissenschaftlicher Unsicherheit*. Wissenschaftliche Sitzung der Akademiemitglieder vom 26.11.2021. BBAW: Berlin

Steigleder, K. (2021). Ethische Zielkonflikte in der Corona-Krise. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31 (3), 445-451.

⁵ Vor allem die dritte Auflage des Buches: Renn, O. (2023): *Gefühlte Wahrheiten. Orientierung in Zeiten postfaktischer Verunsicherung*. Budrich: Opladen und Berlin.

Institutionalisierte Beratung unter Zeitdruck: Die Ad-hoc- Stellungnahmen der Leopoldina

Christian Anton

In der COVID-19-Pandemie wurde der wissenschaftsbasierten Beratung ein vermutlich nie dagewesener Stellenwert beigegeben. Forschende aus Virologie und Epidemiologie waren in den ersten Monaten der Pandemie omnipräsent und ihr Spezialwissen in Zeitungen, Talkshows und vor allem in der Politik extrem nachgefragt. Während einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler immer nur für sich sprechen, ist es ungleich schwerer, mehrere Forschende, noch dazu aus verschiedenen Disziplinen, zu gemeinsamen Bewertungen und Aussagen zusammenzuführen. Insbesondere dann, wenn in